

635853-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Ingenieurbüros – Trinkwasserversorgung Münsterhalden
OJ S 186/2025 29/09/2025
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Münstertal

E-Mail: gemeinde@muenstertal.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Trinkwasserversorgung Münsterhalden

Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens ist die Generalplanung der Trinkwasserversorgung für den Ortsteil Münsterhalden, Gemeinde Münstertal.

Kennung des Verfahrens: d4ebc838-5abb-4900-9669-a75caa598b99

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Münstertal

Postleitzahl: 79244

Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)

Land: Deutschland

2.1.3. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 460 110,00 EUR

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Die Abgabe kann ausschließlich elektronisch über das Vergabeportal erfolgen. Hierzu ist eine kostenfreie Registrierung auf dem Vergabeportal erforderlich bzw. eine Anmeldung mit der bereits vorhandenen Kennung. Eine Abgabe in Papierform, per E-Mail oder Fax ist nach den Vergabebestimmungen nicht zulässig. Mit dem Teilnahmeantrag sind die Unterlagen zum Nachweis der Eignung einzureichen bzw. entsprechende Angaben zu machen. Wertungsrelevante Nachweise und Angaben sind zwingend mit dem Teilnahmeantrag einzureichen und können nicht nachgereicht werden. Weitere Unterlagen über die verlangten Erklärungen, Nachweise und Referenzen hinaus sind

nicht erwünscht und werden bei der Wertung nicht berücksichtigt. Die Unterzeichnung des Antrags kann entweder mit qualifizierter oder fortgeschrittener Signatur oder in Textform nach § 126b BGB zu erfolgen, dies gilt als Unterschrift für alle Anlagen. Für die Unterschrift in Textform ist nur der Name des Bewerbenden, der das Angebot bzw. den Teilnahmeantrag einreicht, an der dafür vorgesehenen Stelle in den Unterlagen anzugeben. Eine elektronische Signatur ist grundsätzlich nicht erforderlich. Enthalten die Teilnahmeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber vor Abgabe der Bewerbung darauf hinzuweisen. Fragen sind in Textform bis spätestens 16.10.2025 11:00 Uhr über das Vergabeportal unter "Bieterkommunikation" an die Vergabestelle einzureichen. Die Fragen werden in Abhängigkeit von der technischen und/oder (vergabe) rechtliche Komplexität baldmöglichst anonymisiert beantwortet. Die entsprechenden Antworten werden im Bereich „Vergabeunterlagen“ anonymisiert eingestellt und sind für alle Bewerber einsehbar. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Informationen bei der Erstellung Ihres Angebots berücksichtigt werden. Auskünfte und Informationen werden nur im Falle einer vorherigen Registrierung an die E-Mail-Adresse versandt, die Sie bei der Registrierung im System hinterlegt haben. Wir empfehlen Ihnen daher, eine Registrierung mit einer zentralen E-Mail-Adresse bzw. eine Vertretungsberechtigung einzurichten. Vom Teilnehmer ist sicherzustellen, dass bei einer Registrierung eine gültige E-Mail-Adresse hinterlegt ist. Weitere Informationen zur Bedienung des Systems finden sich im Vergabeportal im Bereich „Bedienungsanleitungen“. Bei Fragen zur Bedienung des Systems können Sie sich gerne an die technische Hotline von subreport wenden: 0221 985 78-0. Es ist beabsichtigt für die 2. Stufe des Verfahrens folgende Unterlagen zur Verfügung zu stellen: • Mustervertrag • Preisblattformular zur Angebotsabgabe Es wird darauf hingewiesen, dass das Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (LTMG) sowie das Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz) Anwendung finden. Die sich hieraus ergebenden Verpflichtungen, insbesondere auch beim Einsatz von Nach- und Verleihunternehmen, sind daher zu beachten. Rechtsgrundlage: Richtlinie 2014/24/EU VgV

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Gemäß § 122 Abs. 1 GWB dürfen öffentliche Aufträge nur an geeignete Unternehmen vergeben werden, die nicht aufgrund der in § 123 und §124 GWB beschriebenen Gründe ausgeschlossen wurden. Zwingende Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB liegen beispielsweise vor, wenn eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt wurde (z.B. wegen Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen, Geldwäsche, Betrug, Bestechlichkeit, Nichtzahlung von Steuern, Abgaben oder Sozialversicherungsbeiträgen, usw.). Fakultative Ausschlussgründe gemäß § 124 GWB liegen vor, wenn beispielsweise bei der Ausübung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde, ein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet wurde, nachweislich eine schwere Verfehlung begangen wurde (z.B. Unterschlagung, Erpressung), Wettbewerbsbeschränkende Absprachen mit anderen Unternehmen getroffen wurden, usw. Von einem Ausschluss kann abgesehen werden, wenn ein Nachweis der erfolgreichen Selbstreinigung gemäß § 125 GWB vorliegt. Dafür muss das Unternehmen aktiv und

umfassend an der Sachverhaltsaufklärung mitwirken, eine Schadenswiedergutmachung betreiben und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass vergleichbare Rechtsverstöße in Zukunft vermieden werden.

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Generalplanungsleistungen

Beschreibung: Gegenstand des Verfahrens ist die Generalplanung für den Neubau der Trinkwasserversorgung für den Ortsteil Münsterhalten, Gemeinde Münstertal. Nähere Einzelheiten sind dem „Strukturgutachten Trinkwasserversorgung – Erläuterungsbericht, Stand: 31.07.2024“ zu entnehmen, das zum Download bereitsteht. Zur Sicherstellung der Wasserversorgung des Ortsteils Münsterhalden soll der Weiler an die öffentliche Trinkwasserversorgung der Gemeinde angeschlossen werden. Hintergrund ist der mit dem fortschreitende Klimawandel einhergehenden Rückgang der Quellschüttungen. Es sind eine Vielzahl von Grundstücken im Außenbereich, beginnend vom Ortsteil Rotenbuck bis in den Weiler Münsterhalden einschließlich der Netzverteilung, tangiert. Im Zuge des Neubaus der Trinkwasserversorgung sind folgende Baumaßnahmen vorgesehen: - Leitungsbau - Bau einer Druckerhöhungsanlage (DEA Rotenbuck) - Neubau eines Hochbehälters (HB Halden) inkl. Löschwassertank - EMSR (Elektro, Mess-, Steuerungs- und Regelungstechnik) In diesen Baumaßnahmen sind nachfolgend genannte die Planungsbereiche zu besetzen: - Ingenieurbauwerke (Objekte DEA Rotenbuck, HB Halden, Leitungsbau) - TA EMSR (Objekte DEA Rotenbuck, HB Halden, ggf. Leitungsbau) - TA HLS (Objekt HB Halden) Zu jetzigen Kenntnisstand sind die Planung „Tragwerksplanung“ und „Gebäudeplanung“ nicht notwendig. Es ist beabsichtigt, für den Neubau der Trinkwasserversorgung Fördermittel nach den FrWw zu beantragen. Der Förderantrag mit Planentwurf und Kostenberechnung ist bis zum 30.09.2026 einzureichen. Termine (vorläufig): Planungsbeginn im Anschluss an die Beauftragung März 2026 Einreichung Planentwurf an Fördergeber bis Ende September 2026 Einreichung Bauantrag im Dezember 2026 Baubeginn ab etwa September 2027 Fertigstellung Bau ca. Juli 2029 Die weitere Terminierung erfolgt in Abstimmung mit dem Büro, das für die Generalplanung ausgewählt wird.

Interne Kennung: LOT-0001 218 - Generalplanung

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71250000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie Vermessungsdienste

5.1.2. Erfüllungsort

Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Enddatum der Laufzeit: 31/12/2029

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.5. Wert

Geschätzter Wert ohne MwSt.: 460 110,00 EUR

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme#, zugelassene

Unternehmensformen: Zum Verfahren zugelassen sind Einzelunternehmen, GbR, GmbH,

Bietergemeinschaften oder andere mit Eintragung in einem öffentlichen Register und

Registergericht oder Genehmigungsbehörde falls zutreffend.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Zugelassene Unternehmensformen: Zum Verfahren zugelassen sind Einzelunternehmen, GbR, GmbH, Bietergemeinschaft oder andere mit Eintragung in einem öffentlichen Register und Registergericht oder Genehmigungsbehörde falls zutreffend.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Nachweis des besonderen Berufsstandes, § 75 (1) und (3) VgV: Es gelten folgende fachliche Anforderungen für die Planungsleistungen: Als Berufsqualifikation wird der Beruf "Ingenieur*in", Techniker *in" oder "Meister*in" von mindestens vier Personen des Unternehmens gefordert (Nachweis über entsprechende Qualifikation mittels Urkunde oder Zeugnis). Die Qualifikation kann vom Projektteam erfüllt werden oder einer anderen Person des Unternehmens. Die Qualifikation kann nicht über eine Eignungsleihe erbracht werden. Eine Person im Unternehmen (Eignungsleihe möglich) muss bauvorlageberechtigt nach § 43 Abs. 3 und 6 LBO B.W sein. Der Nachweis ist durch Listeneintrag bei der Ingenieurkammer B.W. zu führen. Juristische Personen sind nur zugelassen, wenn zu ihrem satzungsgemäßen Geschäftszweck Planungsleistungen gehören, die der anstehenden Planungsaufgabe entsprechen und wenn sie für die Durchführung der Aufgabe vier verantwortlichen Berufsangehörigen benennen, die die zuvor genannten Zulassungsvoraussetzungen erfüllen. Nachweis bei Bewerbern mit Sitz in einem EU-Staat durch Vorlage des nach dem Recht des Herkunftsstaates des Bewerbers maßgeblichen Dokuments gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Der öffentliche Teilnahmewettbewerb dient der Auswahl interessierter und geeigneter Bewerber. Der Nachweis der Eignung des Unternehmens bzw. der Bietergemeinschaft wird anhand der nachfolgend geforderten Erläuterungen und Nachweise geprüft. 1. Angaben zum Bewerber (Name und Rechtsform des Unternehmens, Vertretung, Kontaktdaten). 2. Erklärung zur Zusammensetzung bei einer Bewerber-/Bietergemeinschaft (§ 43 VgV). 3. Erklärung zu vorgesehenen Nachunternehmerleistungen,

sofern im Auftragsfall Teile des Auftrags als Unterauftrag an Nachunternehmen vergeben werden sollen (§ 36 VgV). 4. Eigenerklärung zu einer beabsichtigten Eignungsleihe, sofern zum Nachweis der Eignung die Leistungsfähigkeit eines anderen Unternehmens in Anspruch genommen wird (§ 47 VgV). 5. Eigenerklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgt, insbesondere durch wirtschaftliche Verknüpfungen mit anderen Unternehmen und dass keine Interessen bestehen, die im Widerspruch zur Ausführung des Auftrags stehen oder diese nachteilig beeinflussen könnten (§ 46 Abs. 2 VgV). 6. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß § 123 und § 124 GWB. 7. Eigenerklärung, dass die Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden- Württemberg (LTMG) erfüllt werden. 8. Eigenerklärung zur Einhaltung der Sanktionen der EU gegen russische Unternehmen / Personen / Lieferanten (Auftragsverbot). 9. Nachweis, dass das Unternehmen über den gesamten Leistungszeitraum über eine Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung in Höhe von mind. 1,5 Mio. Euro für Personenschäden und mind. 1,0 Mio. Euro für Sachschäden verfügt. Die Schadensersatzleistung muss mindestens das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr betragen (§ 45 Abs.1 Nr. 3 und Abs. 4 Nr. 2 VgV). Bei Bietergemeinschaften gilt dies für jedes Mitglied entsprechend. Es kann auch ein Nachweis der Versicherung vorgelegt werden, dass die Deckungssumme im Auftragsfall entsprechend den Anforderungen angepasst wird. Eine Eigenerklärung ist nicht ausreichend – es muss ein aktueller (max. 12 Monate alt) Nachweis des Versicherungsunternehmens hochgeladen werden. 10. Nachweis besondere Berufsqualifikation gemäß § 75 VgV 11. Angaben zum vorgesehenen Projektteam gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV (Name und Qualifikation der Projektleitung, Stellvertretende Projektleitung, Bauleitung). 12. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit Eignungsprüfung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzprojekt Büro / Bewerbergemeinschaft. Als geeignet werden Bewerber eingestuft, die ein Referenzobjekt gemäß den Mindestanforderungen erbracht haben. Vorgaben zu Mindestforderungen: • Es handelt sich um die Generalplanung eines Neubaus einer Infrastrukturmaßnahme, in der min. 3 Objektplanungen und/oder Fachplanungen nach HOAI bearbeitet wurden (z.B. Gebäude und Innenräume, Freianlagen, Ingenieurbauwerke, Tragwerksplanung, Technische Ausrüstung) • Referenzprojekt mind. in HZ II in 3 Planungsbereichen gem. HOAI eingeordnet • Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes (Übergabe an die Nutzenden) ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 5 Jahre zurück (25.09.2020). • Es wurden mind. die Leistungsphasen 2 – 8 in 3 Planungsbereichen vollständig selbst erbracht. • Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 300 - 400) mind. 2,5 Mio. € netto

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Vorgehensweise bei mehr als 3 geeigneten Bewerbern
Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern: Es sollen 3 Bewerber für die 2. Stufe des Verfahrens ausgewählt werden. Bestehen bei der Begrenzung der Bewerberhöchstzahl Punktgleichheiten bei der Gesamtpunktzahl, erfolgt eine Auslosung entsprechend § 75 Abs. 6 VgV. Die ausgewählten Bewerber_innen erhalten ein Aufforderungsschreiben zur Erklärung der weiteren Teilnahme am Verfahren. Die Auswahl

erfolgt auf Basis folgender Bewertungskriterien: 1. Referenzen - Projektbezogene Erfahrungen (1. Auswahlkriterium – 90 %): Die Referenzen sind nachfolgend entsprechend den Mindestanforderungen einzutragen. Doppelnennung der Referenzprojekte sind möglich. Die Wertung der Referenzprojekte erfolgt gemäß der beigefügten Bewertungsmatrix! Bei Bewerbergemeinschaften oder Eignungsleihe geben Sie bitte die Zuordnung zum Unternehmen an. Ein Bewerber oder Bieter kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise nach § 46 Absatz 3 Nummer 6 VgV oder die einschlägige berufliche Erfahrung die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. (§ 47 Absatz 1 Nummer 3 VgV). In Referenzen eingesetzte Personen sind auch für die entsprechenden Teilleistungen einzusetzen. Dies gilt gleichermaßen für Bewerbergemeinschaften und Eignungsleihe. Der Eignungsverleiher ist in diesem Fall als Nachunternehmer zu beauftragen. a) Referenzobjekt 1

„Wasserversorgungsanlagen“ – 40% Mindestanforderungen: • Es handelt sich um eine Neubaumaßnahme im Bereich von Wasserversorgungsanlagen. • Es handelt sich um ein Objekt der Ingenieurbauwerke, Gruppe 1 (Bauwerke und Anlagen der Wasserversorgung, Anlage 12 HOAI) • Referenzprojekt mind. in HZ III gem. HOAI eingeordnet. • Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes (Übergabe an die Nutzenden) ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 5 Jahre zurück (25.09.2020). • Es wurden mind. die Leistungsphasen 2 – 8 selbst erbracht. • Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 300 - 400) mind. 2,0 Mio. € netto b) Referenzobjekt 2

„Infrastruktur, TA ELT“ – 30% Mindestanforderung: • Es handelt sich um eine Neubaumaßnahme im Bereich Infrastruktur. • Es handelt sich um ein Objekt der Techn. Ausrüstung, Anlagengruppe 4 oder 7.2 oder 8, Anlage 15 HOAI) • Referenzprojekt mind. in HZ II gem. HOAI eingeordnet • Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes (Übergabe an die Nutzenden) ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 5 Jahre zurück (25.09.2020). • Es wurden mind. die Leistungsphasen 2, 3, 5 - 8 selbst erbracht. • Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 400) min. 0,35 Mio. € netto c) Referenzobjekt 3 „Infrastruktur, TA HLS“ – 20% Mindestanforderung: • Es handelt sich um eine Neubaumaßnahme im Bereich Infrastruktur. • Es handelt sich um ein Objekt der Techn. Ausrüstung, Anlagengruppe 1 oder 2 oder 3, Anlage 15 HOAI) • Referenzprojekt mind. in HZ II gem. HOAI 2021 eingeordnet. • Die Inbetriebnahme des Referenzprojektes (Übergabe an die Nutzenden) ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Bekanntmachung abgeschlossen und liegt nicht länger als 5 Jahre zurück (25.09.2020). • Es wurden mind. die Leistungsphasen 2, 3, 5 - 8 selbst erbracht. • Vergleichbare Größenordnung (Kostengruppen 400) mind. 0,30 Mio. € netto 2. Beschäftigtenzahl (2. Auswahlkriterium – 10 %):

Durchschnittliche Anzahl der fachbezogenen Mitarbeitenden (inkl. Unternehmensleitung) im Bereich Planung Ingenieurbauwerke und Technische Ausrüstung (in Summe, ohne freie und kaufmännische Mitarbeitende sowie Praktikanten und Hilfskräfte) in den Jahren 2023 bis 2024 und zum Zeitpunkt der Bekanntmachung. Im Falle einer Bewerber-/Bietergemeinschaft (keine Nachreichung möglich) werden die Beschäftigtenzahlen der einzelnen Mitglieder addiert. Bitte die Anzahl für jedes Mitglied angeben. Wenn die durchschnittliche Mitarbeiterzahl im abgefragten Bereich gleich oder größer 6 ist, werden 10 Punkte vergeben, wenn sie unter 4 liegt, wird kein Punkt vergeben. Liegt die durchschnittliche Mitarbeiterzahl dazwischen, also zwischen 4 und kleiner 6, wird die zu vergebende Punktzahl linear interpoliert.

Berechnungsmethode: angegebene Mitarbeiterzahl / Mitarbeiterzahl (6) x hinterlegte Punktzahl (10). Die Wertung erfolgt gemäß der beigefügten Bewertungsmatrix. Die Gewichtung der Unterkriterien und die Bewertungsmethodik kann der Anlage „Bewertungsmatrix“ in den Bewerbungsunterlagen entnommen werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Einschätzung der Fachkompetenz der vorgesehenen verantwortlichen Projektmitarbeiter und des Zusammenwirkens des Projektteams (aufgrund des persönlichen Eindrucks im Vergabeverhandlungsgespräch) (Gewichtung 35%) Anmerkung: Es wird erwartet, dass die im Teilnahmeantrag genannten Mitglieder des Projektteams bei den Verhandlungsgesprächen der 2. Stufe anwesend sind. Alle Mitglieder des Projektteams sollen einen angemessenen Redeanteil in der Vorstellungsrunde und bei den Erläuterungen zur Herangehensweise an die Aufgabenstellung und grundsätzlichen Vorgehensweise zur Umsetzung des vorgesehenen Projekts aufweisen

Kriterium:

Art: Qualität

Beschreibung: Qualität der im Vergabeverhandlungsgespräch vorgestellten Herangehensweise an die Aufgabenstellung und grundsätzlichen Vorgehensweise zur Umsetzung des vorgesehenen Projekts für einen öffentlichen Auftraggeber. (Gewichtung 35%)

Kriterium:

Art: Preis

Beschreibung: Honorarangebot – Plausibilität/ Höhe des Honorarangebotes in Relation zum günstigsten Honorarangebot (auf Grundlage des verbindlichen Honorarangebotes) (Gewichtung 30%)

Begründung, warum die Gewichtung der Zuschlagskriterien nicht angegeben wurde: : Für die Vergabekriterien 1 und 2 werden anhand der jeweiligen Beurteilungskriterien durch das Gremium jeweils bis zu 5 Wertungspunkte vergeben. Die Bewertung erfolgt anhand der vorgenannten Beurteilungskriterien und im Vergleich zu den Darstellungen der Mitbietenden. Die Vergabe dieser Wertungspunkte erfolgt nach folgendem Bewertungsschema: 5 Punkte: völlig überzeugend, da sehr hohe Qualität der Ausführungen bzw. sehr hohe Kompetenz. 4 Punkte: gut überzeugend, da hohe Qualität der Ausführungen bzw. hohe Kompetenz. 3 Punkte: überzeugend, da mittlere Qualität der Ausführungen bzw. mittlere Kompetenz. 2 Punkte: wenig überzeugend, da geringe Qualität der Ausführungen bzw. geringe Kompetenz. 1 Punkt: sehr wenig überzeugend, sehr geringe Qualität der Ausführungen bzw. keine Kompetenz. 0 Punkte: keine Angabe / nicht wertbar. Das Vergabekriterium 3 wird nach folgender Berechnungsformel bewertet: die Bewertung des günstigsten Honorarangebotes erfolgt mit 5 Punkten, die Bewertung der weiteren Honorarangebote erfolgt linear in Relation zum günstigsten Honorarangebot: $(\text{günstigstes Honorarangebot} / \text{weiteres Honorarangebot}) \times 5$ Punkte. Zwischenwerte werden auf eine Dezimalstelle interpoliert. Die Wertungspunkte werden dann mit dem entsprechenden Gewichtungsfaktor multipliziert, hieraus ergibt sich dann eine Wertungszahl je Kriterium. Die Summe aller Wertungszahlen beträgt maximal 100 Punkte.

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 16/10/2025 10:00:00 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.subreport.de/E98787184>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 13/11/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.subreport.de/E98787184>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 27/10/2025 11:00:00 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der vollständig ausgefüllte und in Textform unterschriebene Teilnahmeantrag ist zwingend einzureichen und wird nicht nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. **Techniken**

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. **Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung**

Schlichtungsstelle: Gemeinde Münstertal

Überprüfungsstelle: Gemeinde Münstertal

Informationen über die Überprüfungsfristen: Der Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren ist nach § 160 Abs. 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen -GWB- unzulässig, soweit: 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichung des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden. 4. mehr als 15 Kalendertage

nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nummer 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Auf die grundsätzlichen Regelungen zu Nachprüfungsverfahren in den §§ 155 - 184 GWB wird verwiesen.

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Gemeinde Münstertal

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Münstertal

Registrierungsnummer: DE 142214844

Postanschrift: Wasen 47

Stadt: Münstertal

Postleitzahl: 79244

Land, Gliederung (NUTS): Breisgau-Hochschwarzwald (DE132)

Land: Deutschland

E-Mail: gemeinde@muenstertal.de

Telefon: +49 7636 707 0

Internetadresse: <https://www.muenstertal.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Überprüfungsstelle

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 054f8fa4-32e9-4826-bd5e-6087fe7be94a - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 26/09/2025 11:12:27 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 635853-2025

